

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Karl-Heinz Hiersemann MdL definiert die Wahlziele der bayerischen SPD: Die CSU muß wieder Respekt vor dem Bürger bekommen.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB fordert wirksame Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung: Waldsterben kostet Milliarden.

Seite 5

41. Jahrgang / 166

2. September 1986

Die CSU muß wieder Respekt vor dem Bürger bekommen

Ziel der bayerischen SPD ist es, den Abstand zur Landesregierung wesentlich knapper zu machen

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL  
Spitzenkandidat der bayerischen SPD

Sogar die CSU braucht die SPD. Sicher könnte man bei der Formulierung des Themas den Akzent noch etwas anders setzen. Etwa: Gerade die CSU braucht die SPD. Ein Repräsentant der CSU reagiert auf dieses Thema wahrscheinlich mit der lapidaren Feststellung: „Wir brauchen weder die SPD noch eine andere Partei. Wir machen unsere Politik in Bayern alleine.“

Genau hier liegt der Ansatzpunkt für mein Thema. Die CSU regiert im Freistaat bald 30 Jahre. Seit 1970 verfügt sie über bequeme absolute Mehrheiten. Bequeme Mehrheiten verleiten jedoch zu Machtarroganz und auch zu politischer Unbeweglichkeit. Auf dem kürzlichen Wahlparteitag der bayerischen SPD in Augsburg habe ich folgendes ausgeführt: „So große Mehrheiten verführen die CSU ja geradezu zu glauben, der Freistaat Bayern sei ihr Partei-Privateigentum. Normale Verhältnisse in Bayern sind erst dann wieder hergestellt, wenn die CSU bei der Wahl die Angst haben muß, ihre Mehrheit zu verlieren. Demokratie ist auf Dauer nur dann lebensfähig, wenn diejenigen, die regieren, dies im Wissen tun, daß Demokratie Herrschaft auf Zeit und nicht eine durch Wahlen verbrämte Parteienerbmonarchie ist. Deshalb bedeutet jede Stimme weniger für die CSU einen Beitrag zur politischen Kultur in Bayern und einen Sieg der Demokratie in unserem Freistaat.“

Sogar und gerade die CSU braucht die SPD. Und zwar eine SPD, die ihr möglichst knapp auf den Fersen ist.

Es gibt leider sehr viele Beispiele, wie sich die CSU durch ihre große Mehrheiten immer wieder zum Mißbrauch ihrer Macht verleiten ließ. Die Liberalitas Bavariae ist ein beliebtes Thema für Sonntagsreden von CSU-Politikern. Der politische Alltag sieht jedoch anders aus. So hat sich der Bayerische Rundfunk zum Beispiel aus dem „Scheibenwischer“ ausgeblendet. Es ist geradezu ein makabrer Witz: Während man in Bayern diese Sendung nicht sehen durfte, konnte ich am gleichen Abend in einem Hotel in Erfurt, auf einer Reise in die DDR, den „Scheibenwischer“ ansehen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
on recycled paper  
Recycling-Paper



Es ist das Kennzeichen von Obrigkeitsstaaten, staatliche Zensur auszuüben. Deshalb braucht die CSU immer wieder die SPD, die sie daran hindert, in ein gefährliches politisches Fahrwasser ganz abzugleiten. Wir als Sozialdemokraten sehen es als unsere Aufgabe, derartige Angriffe auf die Freiheitsrechte der Bürger öffentlich anzuklagen und den Widerstand gegen alle Formen des Machtmißbrauchs zu organisieren.

Unter Machtmißbrauch verstehe ich auch, was sich die CSU mit dem Schwandorfer Landrat Hans Schuierer erlaubt. Zuerst hat man durch die Einführung des sogenannten „Selbsteintrittsrechts“ dafür gesorgt, daß der Staat auch gegen kritische Landräte schnell und reibungslos die Interessen der CSU durchsetzen kann. Als sich Schuierer nicht einschüchtern ließ und weiterhin engagiert für die Interessen der Bürger eintrat, die ihn gewählt haben, wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Ein Ausfluß eines illiberalen und arroganten Machtverhältnisses ist auch der Umgang mit kritischen Beamten und Richtern in Bayern. Seit 1983 gibt es im Freistaat den sogenannten „Maulkorberlaß“, der Kritik von Beamten und Richtern in „gehässiger und aufhetzender Weise“ verbietet. Bereits 1934 gab es einen ähnlichen Erlaß, der eine entsprechende Kritik mit Gefängnis bestrafen wollte.

Die jüngste Variante des „Maulkorberlasses“ haben wir vor wenigen Wochen in München erlebt: Dort hat man an Richter und Staatsanwälte ein Schreiben verteilt und die Kenntnisnahme mit Unterschrift bestätigen lassen, in dem steht, „daß die Vorbereitung von Aufrufen politischen Inhalts in den Dienstgebäuden nicht gestattet ist“.

Der Hintergrund war eine Aktion, bei der sich eine große Anzahl von Richtern und Staatsanwälten unter Berufung auf die Bayerische Verfassung für den Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen hatte. Man muß sich das einmal vorstellen: Nach diesem Ukas ist es letztlich Richtern und Staatsanwälten untersagt, sich beim Kaffee in der Kantine über eine derartige Aktion zu unterhalten.

All diese Beispiele machen wohl überdeutlich, daß die CSU eine SPD notwendig braucht, um kontrolliert und in ihrer Machtausübung ständig überprüft zu werden.

Die CSU braucht eine SPD, die ihre Unehrllichkeit gegenüber den Bürgern in der öffentlichen Diskussion darstellt. Ich erinnere an die Doppelstrategie, die in den letzten Jahren von der CSU betrieben wurde. Als die Wenderegierung in Bonn daran ging, kräftige Leistungskürzungen im Sozialbereich vorzunehmen, erhob sich dagegen immer wieder verbaler Protest aus München. Doch am Bonner Kabinettsitz und im Bundestag stimmten die Vertreter der CSU jeweils schön zu.

Die CSU braucht die SPD nicht nur, um sie in ihrem Hang zu einer obrigkeitsstaatlichen Machtausübung zu stoppen, sondern die CSU braucht auch die Sozialdemokraten, um neue Impulse für die Landespolitik zu bekommen. Die CSU ruht bequem und behaglich auf ihrer satten Mehrheit und droht somit in politischer Unbeweglichkeit zu erstarren.

Die zehnte Legislaturperiode des Bayerischen Landtages ist zu Ende gegangen. In verschiedenen Kolumnen wurde Bilanz gezogen. Dabei haben die journalistischen Beobachter der Arbeit des Parlaments ein Ereignis besonders hervorgehoben. Ich meine die Verankerung des Umweltschutzes in der Bayerischen Verfassung, die einherging mit der Verabschiedung eines umfangreichen Katalogs konkreter Maßnahmen zur Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Das Bayerische Parlament hat in dieser Verfassungsänderung und mit dem erwähnten Maßnahmenkatalog in der Umweltpolitik einen guten Schritt nach vorne gemacht. Wichtig bleibt im Zusammenhang mit meinem heutigen Thema festzustellen, daß diese Idee von den Sozialdemokraten geboren worden war. Die CSU war hier von der SPD sozusagen auf Trab gebracht worden. Dies war nicht einfach. Die CSU hatte nämlich anfangs mit Ablehnung auf unsere Vorschläge zur Verbesserung des Umweltschutzes in Bayern reagiert. Erst als wir mit einem Volksbegehren zur Durchsetzung unseres Zieles gleichsam drohten, kam Bewegung in die Regierungspartei.



Der Vollzug des Umweltpakets wird allerdings von der CSU-Staatsregierung nicht mit der gebotenen Entschiedenheit und Konsequenz durchgezogen. Die CSU braucht einmal mehr den Druck der SPD, wenn der Umweltschutz in Bayern mit Entschiedenheit vorangetrieben werden soll. Wie stark dieser Druck sein kann, hängt selbstverständlich immer wieder von den Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler ab. Je enger es für die CSU wird, desto größer sind die Chancen für neue Ideen in der bayerischen Politik.

Und neue Ideen braucht die bayerische Politik. Wir leben in einer Zeit, in der vieles in der politischen Diskussion und in der politischen Meinungsbildung in Bewegung geraten ist. Alte Antworten auf neue Fragen helfen uns auf dem Weg in die Zukunft nicht weiter. Alte Antworten auf neue Fragen führen vielmehr in die Irre. In den verschiedensten Bereichen der Politik ist Umdenken ange-sagt. Ein Umdenken, zu dem eine Partei mit einer komfortablen Mehrheit im Hintergrund nicht wil-lens und nicht in der Lage ist.

Ich nenne die Energiepolitik. Es besteht kein Zweifel, daß die SPD lange auf diese Form der Ener-giegewinnung gesetzt hat. Neue Erkenntnisse haben uns jedoch zu neuen Überlegungen geführt. Die Unfälle in Harrisburg und Tschernobyl haben uns allen deutlich gemacht, daß die Atomenergie bei allen Bemühungen um Sicherheit immer mit einem Restrisiko belastet bleibt. Deshalb suchen wir jetzt den Weg in den Ausstieg. Sorgenvoll muß stimmen, daß die CSU und vor allem auch ihr Par-teivorsitzender keine Bereitschaft zu Nachdenklichkeit zeigen. Stur wird der einmal eingeschlagene Weg - trotz neuer Erkenntnisse - weitergegangen. Die CSU braucht dringend die SPD, um in der Energiepolitik in eine öffentliche Diskussion und damit vielleicht auch in eine gewisse Bereitschaft zum Nachdenken gezwungen zu werden.

Es sei an dieser Stelle angemerkt, daß ich der festen Überzeugung bin, die CSU hätte den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf niemals begonnen, wenn sie nur über eine Mehrheit von 50,1 verfügen würde. Bei einer derart knappen Mehrheit hätte die CSU ihr trauriger Mut zum Bau dieser Wahnsinnsanlage sehr schnell verlassen.

Es wird häufig behauptet, daß es in der Landespolitik kaum noch interessante Aufgabenfelder gäbe. Dies ist sicher falsch. Die Tatenlosigkeit der CSU-Staatsregierung in verschiedenen Bereichen der Landespolitik darf nicht zu dem Fehlschluß führen, daß es nicht viele Aufgaben gäbe, die anzupacken wären. Auch hier braucht die CSU wiederum die SPD, um auf Trab gebracht zu werden.

Ich nenne die Massenarbeitslosigkeit. Entgegen vollmundigen Versprechungen in der Vergangenheit, zum Beispiel von Herrn Stoiber, haben wir auch in diesen Sommermonaten immer noch mehr als zwei Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik. Die Winterarbeitslosigkeit erreichte vor allem in Bayern traurige Rekordhöhen. Und wenn Bayern günstigere Zahlen ausweisen kann als der Bundes-durchschnitt, so liegt dies in erster Linie an der positiven Situation des Münchner Großraums. Im Gegensatz zu München sieht es in anderen Landesteilen auf dem Arbeitsmarkt ausgesprochen desolat aus.

Die bayerische Wirtschaftslandschaft ist durch ein starkes Süd-Nord-Gefälle gekennzeichnet. Der CSU-Staatsregierung ist es in ihrer langen Regierungszeit in keinerlei Weise gelungen, die Struktur-probleme des Freistaats in den Griff zu bekommen. Die Kommission der Europäischen Gemein-schaft hat eine Liste der 50 ärmsten Regionen in der Gemeinschaft herausgegeben. Und darunter befinden sich auch mit der Oberpfalz, mit Niederbayern und mit Unterfranken drei bayerische Re-gionen.

Wir fordern Zukunftschancen für alle Landesteile. Die CSU muß umdenken. Bayern besteht nicht nur aus München und seinem Großraum, sondern auch aus Unterfranken, Mittelfranken, der Ober-pfalz, Niederbayern, Schwaben und natürlich Oberfranken. Auch die Menschen in diesen Regionen



fordern ihr Recht. Und die SPD wird diesen Menschen Gehör verschaffen. Wir werden das Thema Süd-Nord-Gefälle in Bayern zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit im Landtag machen. Die CSU braucht augenscheinlich auch in diesem Bereich der Landespolitik die SPD, um auf die Sprünge gebracht zu werden.

Die Liste der Defizite in der bayerischen Landespolitik kann fortgesetzt werden. Auch in der hinter uns liegenden Legislaturperiode hat sich die CSU einer Erweiterung der Arbeitnehmerrechte in Bayern entgegengestellt. Ein anderer Bereich ist die Mittelstandspolitik. Die Staatsregierung rühmt sich gern einer mittelstandsfreundlichen Politik. Die Zahl der Pleiten in Bayern spricht aber eine ganz andere Sprache. Immer mehr kleinere und mittlere Unternehmen werden Opfer eines fortschreitenden Konzentrationsprozesses in der bayerischen Wirtschaft. Die Staatsregierung steht dieser Entwicklung nicht nur hilflos gegenüber, sie fördert sie sogar noch.

Und was die Landwirtschaftspolitik angeht, so war die Politik der Wende für die kleineren und mittleren Agrarbetriebe eine Wende zum Schlechteren. Tausende von Bauern in Bayern leben heute am Rande des Existenzminimums. Die allgemein herrschende Massenarbeitslosigkeit erlaubt ihnen kein Ausweichen in einen anderen Wirtschaftsbereich.

Die bayerische SPD arbeitet seit geraumer Zeit an einem Modell für die Agrarpolitik. Wir suchen nach einem Zukunftsmodell für die Landwirtschaft. Die Landwirtschaftspolitik sehen wir als eine zentrale Herausforderung an. Agrarpolitik ist für uns darüber hinaus auch eine ökologische Aufgabe. Die Neuordnung der Agrarpolitik ist eine schwierige und sicher auch langwierige Aufgabe. Wir haben umgedacht. Jetzt müssen wir auch noch die CSU zum Umdenken bringen, damit sie neue Wege einschlägt.

Die CSU braucht die SPD. Dies wollte ich durch die Aneinanderreihung verschiedener Aufgabengebiete der bayerischen Politik deutlich machen. Die CSU braucht die SPD. Vor allem die bayerische Politik braucht uns Sozialdemokraten als Partei, die die CSU kontrolliert und einer müde gewordenen Staatsregierung zu neuen Impulsen verhilft. Fortschritt in der bayerischen Politik kann es nur geben, wenn die CSU massiv den Druck der Wählerstimmen spürt. Die CSU muß wieder Respekt und Angst vor dem Wähler bekommen.

Deshalb heißt unser Ziel für die Landtagswahl am 12. Oktober: Der Abstand zwischen Regierung und SPD muß wesentlich knapper werden. Denn weniger Stimmen für die CSU und mehr Stimmen für die SPD würden bedeuten: Bessere Chancen für mehr Gerechtigkeit, bessere Chancen für mehr Liberalität und bessere Chancen für neue Ideen in der bayerischen Politik. Ein knapper Abstand bedeutet aber insbesondere, daß wieder derjenige im Mittelpunkt der Politik steht, der in einer Demokratie dorthin gehört, nämlich der Bürger.

(/2.9.1986/vo-he/rs)

\* \* \*



### Waldsterben kostet Milliarden

Wallmann muß wirksame Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung ergreifen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB  
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die ersten Waldschadenserhebungen dieses Jahres zeigen, daß der Trend weiter ansteigt. Schlimmste Befürchtungen werden bestätigt. In Bayern wird mit 66 Prozent Schadfläche gerechnet, in Teilen des Schwarzwaldes sogar mit 71 Prozent. In Nordrhein-Westfalen haben die Schäden, insbesondere in den Laubwäldern, überdurchschnittlich zugenommen. Es scheint offenbar nur eine Frage der Zeit zu sein, bis der große Schub, der im süddeutschen Raum schon eingetreten ist, auch die nördlichen Bundesländer erreicht.

Mit der drohenden ökologischen Katastrophe geht eine wirtschaftliche Hand in Hand.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im Mai 1985 eine Große Anfrage „Volkswirtschaftliche Verluste durch Luftverschmutzung“ an die Bundesregierung gerichtet. Die Antwort ist bis heute nicht erfolgt. Nach mehrmaligem Verschieben des Termins - das übliche parlamentarische Verfahren sieht für die Beantwortung eine Drei-Monats-Frist vor! - wurde die Vorlage des Berichts für Mai 1986 schriftlich zugesagt.

Nunmehr weigert sich Bundesumweltminister Wallmann, die - längst fertiggestellte - Antwort überhaupt zu veröffentlichen. Begründung: Im März 1986 habe zu diesem Thema bereits eine Debatte stattgefunden. Hierdurch sei die Große Anfrage „inhaltlich erledigt“. Als ob mit diesem formalistischen Hinweis die harten Fakten aus der Welt zu schaffen wären!

Die OECD schätzt die jährlichen Gesamtkosten der Luftverschmutzung auf rund drei bis fünf Prozent des Bruttosozialprodukts, das sind für die Bundesrepublik mindestens 50 Milliarden DM.

Professor Dr. Wicke vom Umweltbundesamt Berlin kommt in seinen neuesten Untersuchungen sogar auf Gesamtschäden von über 100 Milliarden DM. Gleichzeitig errechnet er, daß jede in den Umweltschutz investierte Mark für drei Mark Nutzen bringt und neue Arbeitsplätze schafft: ein Narr, wer hier nicht handelt!

Allein für Gebäudeschäden, Schäden an Brücken, Kulturdenkmälern und anderen Sachgütern müssen pro Jahr circa fünf Milliarden DM aufgewandt werden. Der ideelle Schaden, der durch den fortgesetzten Verlust unseres kulturhistorischen Erbes entsteht, ist kaum zu quantifizieren. Die Forstwirtschaft rechnet jährlich Verluste vor, die ebenfalls die Milliardengrenze weit überschreiten. Die Städte und Gemeinden, für die der Wald traditionell eine „Sparkasse“ war, sind mit ihrem Waldwirtschaftsetat durch den Anfall minderwertigen Schadholzes längst in die roten Zahlen gerutscht.

Professor Ewers von der technischen Universität Berlin, der bereits im Herbst 1985 eine umfassende Studie über die Monetarisierung der Waldschäden in der Bundesrepublik vorgelegt hat, schätzt die

notwendigen Kosten für Hochwasserschutz bei absterbenden Waldflächen auf rund fünf Milliarden DM. Im Bereich Tourismus und Erholungsaktivitäten werden die Verluste vermutlich noch höher liegen, zwischen 2,3 und elf Milliarden DM. Verschwinden die Schutzwälder in den Alpen, müssen Siedlungen, Verkehrswege, Freizeitanlagen, Hotels und so weiter durch Lawinenverbauungen und Betonwände geschützt werden, wenn nicht weite Teile des Alpenraumes unbewohnbar werden sollen. In der Schweiz schätzt man dafür einen Kostenrahmen von 120 bis 130 Milliarden Franken, eine gigantische Größenordnung, die sogar den Gesamthaushalt des Landes übersteigt.

Daß auch erhebliche Gesundheitsschäden durch Luftverunreinigung auftreten, kann nicht mehr bestritten werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, daß 80 bis 90 Prozent aller Atemwegserkrankungen auf Luftverschmutzungen zurückzuführen sind.

Das Problem des Waldsterbens darf in der öffentlichen Diskussion auch nach Tschernobyl nicht untergehen. Der Versuch der Bundesregierung, die Wahrheit totzuschweigen, wird angesichts des erschreckenden Szenarios, das sich nach dem heißen Sommer in unseren Wäldern auf tut, mißlingen. Bundesumweltminister Wallmann ist aufgefordert, die Karten offen auf den Tisch zu legen und unverzüglich neue Anstrengungen zur besseren Bekämpfung der Luftverschmutzung zu unternehmen.

Insbesondere das klägliche Scheitern der Zimmermann'schen Versuche zur Abgasentgiftung ist so offenkundig, daß hier neu angesetzt werden muß: Das schadstoffarme Auto hat sich als umweltpolitische Mogelpackung erwiesen, gerade 200.000 von den 60 Millionen Pkw in der Bundesrepublik sind mit Katalysator ausgerüstet, nur jeder zehnte neu zugelassene Pkw hat einen, und noch keine 13.000 Altwagen sind mit Katalysatoren nachgerüstet worden. Dieses Katalysator-Debakel, das die Bundesregierung nur schönfärbt, indem sie über 90 Prozent aller Diesel für schadstoffarm erklärt und mit diesem Taschenspielertrick auf zehn Prozent schadstoffarme Pkws kommt, dieser Schandfleck der Umweltpolitik erfordert schnelles Handeln:

- Die Nachrüstung mit Katalysatoren muß gefördert werden.
- Das bleifreie Benzin ist gegenüber dem bleihaltigen weiter zu verbilligen (Senkung der Mineralölsteuer).
- Das bleifreie Normalbenzin sollte verboten werden.

(-/2.9.1986/vo-he/rs)

\* \* \*

